

Hauptseminar: Nationalstaat und Nationalismus in Italien und Deutschland

Prof. Bauer

SoSe 1994

Wolfgang Melchior

DER DEUTSCHE (POLITISCHE) KATHOLIZISMUS UND DAS KLEINDEUTSCHE KAISERREICH

1871 Gründung des Zentrums

28. Okt. 1870: Soester Programm durch die "beratende Versammlung von Männern aus Westfalen"

30. Okt. 1871: Essener Programm

Anfang 1871: Bischof Kettlers Programmwurf

Hauptpunkte des politischen Katholizismus bis in die 80er Jahre:

- "Abwehr jeden Angriffs auf die Unabhängigkeit der kirchlichen Organe"
- Glaubensfreiheit (auch verfassungsmäßig verankert)
- Schulaufsicht: "Konfessionelle Schulen"
- Dezentralisierung
- "Parität für die anerkannten Religionsbekenntnisse"
- "Für Wahrheit, Recht und Religion. Seid einig Katholiken"

I. Der Kulturkampf und sein Ende

1873: von Virchow (Fortschrittliche): "...es handelt sich hier um einen großen Kulturkampf"

1.) März 1871: Adressstreit:

Das *Nichtinterventionsprinzip* als politische Taktik:(Unterstützung für Rom)

Aus Bennigsen Adresse an den Kaiser: "Die Tage der Einmischung in das innere Leben der Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form zustimmen"

2.) April 1871:

Antrag des Zentrums auf Aufnahme der Art 15 und 18 der Preußischen Verfassung (Freiheit der Kirchen und des Glaubens) in die Reichsverfassung wird abgelehnt (1. Niederlage des "Verfassungskatholizismus" eines Kettler)

3.) "Kanzelparagraph" ("Gesetz, betreffend die Ergänzung des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich vom 1. Dez. 1871"): Gefängnisstrafe bei "staatsgefährdenden Verkündigungen"

4.) 1872:

Schulaufsichtsstreit, Jesuitengesetz, Änderung der __15 u. 18 der preußischen Verfassung (Selbstverwaltung unter Staatsaufsicht, Verweis auf ein "Gesetz zur Vorbildung und Anstellung von Geistlichen")

5.) Mai 1873: "Maigesetze" und ihre Ergänzungen ein Jahr später:

Gesetze:- über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen: "Kulturexamen"
- über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten: Berufsrecht "an den Staat"

"Einschreiten des Staates ohne Berufung",

- über die Grenzen der Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel: Verschärfung des Disziplinargewaltsgesetzes

- betreffend den Austritt aus der Kirche (Erleichterung der Kirchenaustritts)
- Mai 1874: - Gesetz betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern
- Gesetz über die Verwaltung erledigter Bistümer

Das Ende des Kulturkampfes

- Verhandlungen Bismarcks mit der Kurie über eine Beilegung
- Rücktritt des Falken Falk (1879)
- Juni 1880: Verabschiedung des 1. Diskretionären Milderungsgesetzes: Anwendung der Maigesetze steht im Ermessen des Ministeriums
- Friedensgesetze: Kopp als Vermittler zwischen Kurie, Preußen und Zentrum
 - * Einschaltung des Papstes als Vermittler um die Karolineninseln
 - * Gesetz vom 21.5.1886: Aufhebung des kirchlichen Gerichtshofes und des "Kulturexamens"
- 1887: Verschärfung der Spannungen über neuem Septennatsgesetz (Kartell)
 - 2. Friedensgesetz: Beschränkung des Vetorechts und der Anzeigepflicht der Regierung, Aufhebung von Ordensverboten

Ergebnisse des Kulturkampfes:

1. Bismarck, der politische Verlierer?: Einlenken ab 1878 ("Müde")

2. Die Rückständigkeit des Zentrums: Liberalismus vs. Katholizismus:

2.1. Soziale Frage:

- "Freie Bahn den Tüchtigen" vs. "Freigiebigkeit für die Bedürftigen"

(Katholische Stiftungen v.a. in Baden)

2.2. Entfremdung der Katholiken vom Staat durch ihre Gettoisierung:

Untergraben eines verfassungsgemäßen Verständnisses für den Staat(bes. in ländlichen Gegenden)

3. Persönliche Animositäten: Reichensperger und Bismarck

II. Aufstieg des Zentrums zur politischen Kraft

1. Konservative Wende in Bismarcks Politik:

- Sozialistengesetze
- Schutzzollpolitik
- Das politische Aus der Nationalliberalen (1880/1) (von 29,9% auf 19,9%)

2. Annäherung von Zentrum und Konservativen:

- Ab 1880: Non-Klerikalisierung: Betonung der Autonomie der Partei gegenüber der Kurie
 - Papst anerkennt 1887 die Autonomie des Zentrums in politischen Fragen
- Spaltungsversuche Bismarcks im Verlaufe der Septennatsdebatten 1880
- Erste Koalition 1878: Zustimmung zur "Franckensteinschen Klausel" (Finanzreform)
- 1879: Zustimmung zur Wiedereinführung der Schutzzollpolitik (Schutz agrarischer Produkte)

Beginn von Flügelkämpfen/Entwicklung zur interessengebundenen Volkspartei:
Durchschlagen der sozialen Heterogenität : Agrarier (lokal) gegen Bürgerliche (landes- oder reichsweit): Industriestaat oder Agrarstaat, Schutzzollpolitik

Führten 1893 durch Schorlemer zu Spaltungsandrohung: Aufstellung eigener Kandidaten ("Die Wilden")

- 1887: Rückschlag im Septenatsstreit: Kartell gegen Zentrum ("Jeder Mann, jeder Groschen", aber Triennat)
- Forderungen nach Professionalisierung der Politik (Hertling, Windhorst)
- Abkehr von der Linken: SPD auch unter Kautskys revisionistischem Kurs nicht "respektabel", zu "obstruktiv und negativ"

3. "Regierungsfähigkeit"

ab 1890 (Abdankung Bismarcks)

3.1. Öffnung zu Bürgertum und Arbeiterschaft:

Innerparteilich:

- Führungswechsel: von Aristokraten (Frankenstein u.v.a.) und Geistlichen zu Bürgerlichen (non-business Mittelklasse: Rechtsanwälte, Intelligenz): Lieber, Gröber, Spahn, Hertling
- von 30% aristokratischen Abg. zu wenigen (von 1893-1914 nur mehr 23 insgesamt)
- "Kollektiver Vorsitz" ab 1901 durch Gröber, Hertling und Spahn
- Gründungen von Stiftungen (Wohlfahrtsverbänden) und des Katholischen Volksvereins als lokale sowie Massenorganisationen

3.2. Fokussierung der "Paritätsfrage" (Hertling, zuvor Windhorst)

Mittelstand drängt auf Einlösung der ökonomischen Versprechen des Kapitalismus
Soziale und wirtschaftliche Fragen werden relevant: Besteuerung von Kleinläden, Zinsgesetze u.a. (Protestpotential)

Ziel: Ausgang aus der Inferiorität durch den Beweis politischer Führungsqualitäten

Beweis "200% Deutscher zu sein" (Lieber)

Nicht hinwegtäuschen: Alle Initiativen hatte einen ideologischen Hintergrund

ab 1893: Militärfragen stehen im Zentrum (Ablehnung der Militärvorlagen Caprivis)
Marinegesetzgebung, Großes Militärgesetz)

1897: RGO: Stärkung des Zunftwesens

ab 1900: Großhandels-und Kaufhausgesetze (v.a. in Bayern): Umsatzsteuererhebungen, Zinsbeschr.

innerparteilich: Höhepunkt der Spannungen zwischen Agariern und Fortschrittlichen durch die

Verträge mit Spanien, Serbien, Rumänien (1893) und Rußland (1894), denen die Reichstagsfraktion nur zur Hälfte etwa zustimmt. Entwickelt sich zu einem Kampf der preußischen Parteileitung und den Provinzleitungen (v.a. Bayern und Westfalen)

1889-1902: Sieg der Agrarier durch neues Schutzzollgesetz (1902 , verschärft 1909)

ab 1897: Miquels "Sammlungspolitik" (Nationalliberale, Konservative) wurde als Neue Bedrohung empfunden:

1898: Reichstagswahlen gegen den "Staatsstreich" der Rechten.

1903: Zentrum eine "wahre Volkspartei" (Programm zur Reichstagswahl)

1906: Julius Bachem : "Wir müssen den Turm verlassen"

1907: Wieder Opposition gegen den "Bülowblock" (Konservative, Nationalliberale und Progressive)

1909: Schwarz-blauer Block

1910: Zentrum wieder Regierungspartei mit Konservativen

1912: Matthias Erzberger wird Vorsitzender und leitet 1918 die Friedensgespräche mit Frankreich

III. Das Zentrum als Partei:

Minderheit : 30% Bev.anteil

1. Organisationen/Interessenverbände:

Bayerischer Bauernbund

Bund der Landwirte

Mittelstandsbund: Handwerker

2. Schwesterparteien: Hannoveraner, Bayerische Volkspartei

3. Inhomogenität des Zentrums:

3.1. nach Wählern: 31% der bekennenden Katholiken wählen nicht Zentrum

3.2. Massenbasis: Bauern, Kleinbürger der Kleinstädte, Kirchenleute, Adelige

Zahlen von 1912: 25.8% der Katholiken sind Stadtbewohner

44.2% der Katholiken sind im agrarischen Berufen tätig

Je größer der Bev.anteil, desto weniger geschlossen die katholischen Wähler (Bayern!)

4. Fraktion:

1907: von 113 Zentrumsabg. kommen 78 aus ländlichen und kleinstädtischen Wahlkreisen

von 1874-1914: 73 Stammsitze!

Wählerverteilung: 75% aller Stimmen aus Hochburgen (Westfalen, Baden, Bayern), wobei:

Politische Führungsschicht: Adelige, Bildungsbürgertum

Fraktionsstärke: 63 (1871), in den weiteren Wahlen um die 100 (25%)

bestes Ergebnis: 1890 mit 26,7%

Günstiges Wahlrecht: ab 1878 bis zu 25% auf das Konto der Wahlkreiseinteilung und des Nicht-Propotionalwahlsystems

IV. Katholische Marginalität:

1. Was ist Marginalität/ eine Randgruppe:

Strukturelles Ausgeschlossensein von politischen und wirtschaftlichen Einflusssphären.

Strukturell:

- Errichtung kultureller Barrieren durch die majority group (Zulassungsbeschränkungen zu Berufen)

- oder gesetzlicher Barrieren bis hin zum Verbot von Organisationen

- planmäßige Vernichtung

2. Stellung zu anderen Randgruppen: Juden, Sozialisten

Blackbourn: 1870-1890 gegen Nationalismen als auch Sozialismen

Ab 1890: Mit der Diversifizierung des politischen Erscheinungsbildes:

- Anti-Semitismus erhält vor allem lokal klare Konturen (Populismus: Verwurf der Liberalen)

- Keine politische Annäherung an die SPD (Eigentumsdebatten 1898-1903: "Offener Krieg", "Revolution im Parlament"). Beweise von Nationalgefühl seit Gründung

3. Ende der Marginalität:

"Groups can attempt to end their marginality in one of three possible ways:

they can assimilate to the culture

they can attach themselves to a more universalistic ideology or movement that subverts the cultural categories that define them as marginal

or they can develop ideologies or institutions that legitimize their own social and political equality or dominance" (Rothman /Lichter, 118/9)

Alle drei Phasen (1871-1880, 1880-1890 und bis 1914) jeweils eine Strategie?

1. Universalismus (Bekenntnisfreiheit, Parität)

Von: Wolfgang Melchior
<http://www.wmelchior.com>

2. Mit dem Ende des Kulturkampfes: Dominanzstrategie
3. Mit dem Verlust des kirchenpolitischen Beschränkung: Assimilation